

Friedrich König

„KLIENDEL-POLITIK HATTE
IN UNSEREM POLITISCHEN
DENKEN DAMALS KEINEN
PLATZ“



Friedrich König, geboren am 19. März 1933 in Wien, 1960–1972 Bundesobmann der Jungen ÖVP (ÖJB, Österreichische Jugendbewegung), 1970–1995 Abgeordneter zum Nationalrat, 1986–1990 Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs, 1990–1994 Europabeauftragter der ÖVP für die Beitrittsverhandlungen mit der EU auf parlamentarischer Ebene, 1990–1994 Vizepräsident des Europarates, 1995–1996 Mitglied des EP und Leiter der ÖVP-Delegation, 1996–2000 stellvertretender Leiter der österreichischen Parlamentsdelegation im Europarat und Mitglied des ÖVP-Fraktionsvorstandes.

Das Interview fand am 27. April 2011 in Wien statt und wurde geführt von Johannes Schöner.

Sehr geehrter Herr König, welchen Stellenwert nahm die internationale Kooperation im Rahmen der Gesamtpartei ein? Wie wichtig war der Österreichischen Jugendbewegung (ÖJB), deren Bundesobmann Sie von 1962 bis 1972 waren, die internationale Zusammenarbeit? In diese Zeit fallen der Ost-West-Konflikt, der beginnende Anti-Amerikanismus, das „Sturmjahr 1968“, die Krise in der ČSSR und deren Niederschlagung, der Beginn der Ära Kreisky und die außenpolitische Dominanz der SP etc. Wie haben Sie führende Persönlichkeiten der europäischen Partner und Parteien kennengelernt?

Ich selbst falle in eine Generation, die noch Konrad Adenauer als deutschen Bundeskanzler erleben durfte. So waren die Kontakte zu den Deutschen traditionell am stärksten ausgeprägt. Aber bei weitem nicht nur zu den Deutschen.

Wir hatten bereits in der Österreichischen Jugendbewegung eine sehr gute Beziehung zur italienischen Politik und zu italienischen Politikern. Es entwickelte sich bereits in meiner Zeit als Obmann der Österreichischen Jugendbewegung eine außerordentlich intensive Besuchsdiplomatie. Da lernte man auch bereits die Bedeutung persönlicher Kontakte kennen. Auf italienischer Seite waren es vor allem Giulio Andreotti und der Generalsekretär der DC, die sich hier besonders um europäische Kontakte bemühten. Ich kann im Rückblick eigentlich sagen, wir haben über die Jahre hinweg mit den Italienern sehr gute und enge Verbindungen gehabt.

Mit Andreotti hatte ich auch noch nach dem Kollaps der DC Kontakt. Ich kann eigentlich sagen, ich habe ihn als einen sehr redlichen, einfachen – im Sinne seiner Lebensführung – Menschen kennengelernt. Und das auf der Basis einer tiefempfundenen christlichen Wertehaltung. Ich kenne die Vorwürfe, mit denen man Andreotti überzogen hat, doch aus meinem persönlichen Erleben kann ich nur sagen, ich habe ihn durchaus als einen vorbildlichen und redlichen Politiker kennen gelernt. Also Kontakte zur Mafia traue ich ihm eigentlich nicht zu. Aber freilich ist die italienische Politik schwerer zu durchschauen als wir es von Österreich her gewohnt waren. Dass Andreotti aber ein würdiger Sohn Italiens war, das steht ja außer Zweifel. Die für das Land typische Klientel-Politik, die vor allem in Süditalien ausgeprägt war und wahrscheinlich auch heute noch ist, wurde von Andreotti eher wohl nicht bekämpft. Diese Form von Klientel-Politik hatte in unserem politischen Denken damals keinen Platz. Bei den Parteienkontakten, die ich während meiner politischen Tätigkeiten hatte, war immer sehr rasch zu erkennen, wer aus einem Mittelmeerland kam und wer nicht. Aber der Vorwurf, dass er „italienische Zustände“ duldete, trifft sicher zu und der wiegt schwer genug. Doch das ist eine Mentalitätsangelegenheit und kein Vorwurf kriminell zu sein.

Ich möchte die Namen Josef Klaus, Karl Schleinzer, Josef Taus und Alois Mock ansprechen, in deren Umfeld Sie – wenngleich in unterschiedlicher Intensität – der Parteiführung nahegestanden sind. Alle vier ÖVP-Bundesparteiobmänner prägten die Partei in einer besonderen historischen Phase. Welche Schwerpunkte setzten diese vier Personen hinsichtlich der internationalen Parteienzusammenarbeit?

Klaus hat entscheidende Impulse gesetzt. Die Mauerbach-Treffen bei Wien, wo die christdemokratischen Parteien sich regelmäßig austau-

schen konnten, waren auf Initiative von Josef Klaus entstanden. Karl Schleinzer und Josef Taus hatten an der Parteiußenpolitik kein sonderliches Interesse gezeigt. Hinsichtlich der Parteiußenpolitik war eindeutig Alois Mock der Bedeutendste. Mock wies auch am meisten Phantasie dazu auf, es interessierte ihn schlichtweg als Person und als Politiker. Wenn es einen Politiker nicht interessiert, kann er sonst ein noch so gescheiter und fähiger Mensch sein, ohne dieses persönliche Interesse wird dieser Einzelaspekt nie Teil seiner politischen Arbeit werden. Mock war ein sehr umtriebiger Mensch. Heute würde man dazu sagen, er war ein begnadeter Netzwerker. Dazu kam, er hatte eine entsprechende Hausmacht in der ÖVP. Mock war zweifellos einer der besten und einflussreichsten Obmänner des ÖAAB. Die Fähigkeit, Dinge schnell zu erkennen und Arbeiten rasch umzusetzen, erkannten an Mock schon frühere Bundesparteiobmänner und förderten dies entsprechend. Dass Mock seine ersten außenpolitischen Spuren bereits unter Josef Klaus sammeln konnte, spricht hierfür eine eindeutige Sprache. Im Grunde war die Parteiußenpolitik bereits in den frühen 1970er Jahren sehr auf Mock zugeschnitten und trug zu einem wesentlichen Teil seine Handschrift. Auch wenn noch andere formell in der ersten Reihe standen.

Das Beispiel der SPD in der Bundesrepublik während ihrer Oppositionszeit in den 1960er Jahren könnte Mock hierfür vielleicht als eine Art Vorbild gedient haben. Immerhin war hier der Anfang einer Entwicklung hin zu einer konstruktiven länderübergreifenden SI gewesen, die dann in den 1970er Jahren vollends zur Entfaltung kam. In Österreich hatte die ÖVP bis dahin keine Erfahrung mit Außenpolitik während einer Oppositionszeit. Es ist wohl bezeichnend, dass die ÖVP nach dem Verlust der Kanzlerschaft von 1970 bis 1978 brauchte, um mit der Gründung der EDU ein Instrument zu schaffen, mit der offensiv Parteiußenpolitik durchgeführt werden konnte. Die bereits seit 1965 bestehende EUCD war der sozialistischen Themenoffensive offenbar nicht gewachsen.

Alle führenden Repräsentanten der ÖVP und erst recht die Bundesparteiobmänner waren Innenpolitiker. Mit einer Ausnahme – und das war Alois Mock. Ich kann das sagen, denn ich habe sehr viele dieser außenpolitischen Kontakte verfolgt und bin oftmals als Delegationsleiter von Alois Mock zu Reisen in europäische Nachbarländer eingeteilt oder eingeladen worden – wie man will. Mir selbst waren die Kontakte innerhalb der europäischen Jugendverbände und später der Weltjugendverbände immer ein besonderes Anliegen. Die Jugendkontakte im

Rahmen der EUCD soll man aber nicht unterschätzen. Die EUCD und später die EDU erzeugten jedenfalls eine intensivere Kooperationsdichte als die EVP. Durch die Aktivitäten der EDU und der IDU wurden diese globalen Verbindungen auf ein qualitativ höheres Niveau gehoben.

Trotzdem ist der große Wurf ausgeblieben. Freundliche Besuche alleine bewirken keine ideologische Ausrichtung innerhalb der Politik. Darüber hinaus war die Gesellschaft ab Ende der 1960er Jahre vollkommen im Umbruch. Hinzu kamen neue und zugleich wichtige Themenfelder wie Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit. Für eine politische Jugendgruppierung eine zentrale Thematik.

Das stimmt natürlich. Aber wie gesagt, mit Alois Mock hat hier ein vollkommen neues Denken begonnen. Zum ersten Mal war es beispielsweise der Partei ein Anliegen, nachhaltige Kontakte – nicht bloße formelle Kontakte – nach Lateinamerika zu knüpfen. Mock wollte wissen, wie andere ein Problem sehen und damit umgegangen sind. Mit Andreas Khol hatte Mock eine Persönlichkeit zur Seite, die ihm die Administration dieser Kontakte abgenommen hatte. Und ich muss sagen, Mock und Khol waren eine unheimlich dynamische Doppelspitze für die Außenpolitik unserer Partei. Alleine in Lateinamerika hatten wir ein ganzes Bündel an Kontakten zu Regierungsparteien in Chile und Argentinien, ebenso nach Paraguay und Bolivien. Mock ließ es zu, dass genuine südamerikanische Themen innerhalb der IDU, die ja als eine logische Konsequenz der EDU entwachsen war, präsentiert wurden. Wahrscheinlich hat eine Vielzahl europäischer Politiker christdemokratischer und konservativer Herkunft damals zum ersten Mal etwas Konkretes über südamerikanische Verhältnisse gehört. Das war das Verdienst von Alois Mock. Noch eine Ergänzung zu den Kontakten im Rahmen des Weltjugendverbandes: Ich erinnere mich an ein Treffen Anfang der 1970er Jahre in der Wiener Stadthalle. Die Stimmung war aufgeheizt, nachdem in diesem Weltjugendverband ja auch Kommunisten, Sozialdemokraten, Linkssozialisten, und – zumindest dem Papier nach – Konservative, Christdemokraten und so weiter erfasst waren. Meine Ansicht war immer: Man muss sich der Diskussion stellen und erst recht mit Andersdenkenden. Die Themen, die bei diesen Tagungen diskutiert wurden, waren tatsächlich kontroverser als man sich das heute vorstellen kann. Waren die Auseinandersetzungen zehn Jahre vorher noch auf einer intellektuellen Ebene geblieben, so war der Sozialismus in seiner gesamten gesellschaftspolitischen Ausformung für uns längstens ab Anfang der 1970er Jahre konkreter, spürbarer gewor-

den. Aber die Linken verstanden ausgezeichnet zu argumentieren. Dazu kam, sie camouflierten hervorragend ihre wahren Absichten. Da waren Leute darunter, die dann später in den sozialistischen Parteien ihrer Länder durchaus Karriere machten. Allerdings war mir längstens auch zu dieser Zeit klar geworden, dass nicht alle rechts stehenden, konservativen oder christdemokratischen Positionen für uns tragbar waren und die vermeintlichen Gemeinsamkeiten oftmals auf eine harte Probe gestellt wurden – auch innerhalb der Europäer.

Eine Frage, die das demokratische Selbstverständnis aller Parteien betreffen muss und zugleich die reale Macht der Parteisekretariate hinterfragt: Wie weit trägt eine Partei im Rahmen einer internationalen Parteienkooperation zur Demokratisierung bei, wenn entscheidende Persönlichkeiten in keinerlei Weise legitimiert und dennoch Machtfaktoren in der europäischen Politik waren? Dieser Gedanke findet seine reale Umsetzung Mitte der 1970er Jahre während der Umbrüche in Spanien und Portugal. Die Kontakte zu spanischen und portugiesischen Jugendpolitikern haben Sie damals in irgendeiner Form beeinflusst?

Die rechtskonservativen Ordnungsfaktoren, mit denen wir aber nicht in einem Boot sitzen wollten und das, so denke ich, auch praktiziert haben, waren weggebrochen und es wusste eigentlich keiner in Europa, wie es weitergehen wird. Nur als atmosphärische Randbemerkung: Man soll nicht vergessen, dass sowjetische Kriegsschiffe bereits Kurs Richtung iberischer Halbinsel genommen hatten. Es stand im Grunde Spitz auf Knopf. In Umbruchzeiten neigen radikale Parteien eher sich durchzusetzen. Aber gleich der CDU und CSU haben wir nicht gezögert, die Kontakte zu den spanischen und portugiesischen Christdemokraten zu intensivieren. Und ich muss sagen: Dieses Bestreben war erfolgreich. Die guten Kontakte zu den Iberern sind nicht mehr abgerissen. Das war umso wichtiger, als diese befreundeten Parteien schließlich Regierungsverantwortung übernommen hatten. Die Frage des Eurokommunismus war vor diesem Hintergrund selbstverständlich immens brisant. Ich möchte zu dieser Polarisierung zwischen Christdemokratie und Sozialismus, gemeint im Sinne einer kommunistischen Ausformung, wieder das Beispiel Italien anführen. Die DC konnte sich aus zwei Gründen, denke ich, so lange als die staatstragende Partei des Landes in Szene setzte, weil sie erstens starke, dominierende Persönlichkeiten in der ersten Reihe hatte und zum anderen sich stets als „die antikommunistische“ Partei darstellte. Andreotti stand hier wie ein Fels in der

Brandung. Ich war auf zahlreichen Parteiveranstaltungen der DC, dort konnte ich aber auch stets eine gewisse inhaltliche Leere, eine gewisse Programmarmut feststellen. Auch der personelle Unterbau war eher schlecht ausgeprägt. Die italienischen Christdemokraten waren eine ausgesprochene Kaderpartei. In dieser Hinsicht hatten sie absolut keine Vorbildwirkung für uns. Da passte die Inszenierung der italienischen Parteitage genau in dieses Schema. Die DC-Parteitage waren bereits Anfang der 1970er Jahre reine Machtdemonstration, eine oftmals nach US-amerikanischen Vorbild inszenierte Show der Gemeinsamkeit. Es ging nicht um Inhalte oder um Diskussion. Diese Entwicklung mag ja dann auch später zu uns gekommen sein, das will ich auch gar nicht bestreiten. Bei den Italienern ist es mir aber bereits Ende der 1960 bzw. Anfang der 1970er Jahre bewusst geworden.

War bzw. ist es sinnvoll, neben der Mitgliedschaft im Europarat, in der EWG/EFTA, den Fraktionen in Brüssel und Straßburg auch noch zusätzliche „politische Bühnen“ in Form von christdemokratischen Parteienkooperationen zu schaffen? Wie haben Sie beispielsweise Franz Karasek erlebt? Karasek, heute schon kurz genannt, hat für die transnationalen Kontakte und auch für die österreichische Auslandskultur sehr viele Impulse gesetzt. Karasek hat durch seinen relativ frühen Tod Mitte der 1980er Jahre zweifellos eine Lücke hinterlassen.

Ganz bestimmt. Karasek war immerhin noch jemand, der als ganz junger Beamter bei den Gesprächen in Wien und Moskau 1955 dabei war. Das wird heute oft vergessen. Ludwig Steiner kann dazu freilich mehr erzählen. Franz Karasek steht für einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik der ÖVP. Geprägt noch vom außenpolitischen Konzept eines Julius Raab, damit war eher ein isolationistisches Beharren auf die Position der Neutralität und genereller Bindungslosigkeit verbunden, war der Einfluss von Franz Karasek im Laufe der Jahre gewandelt worden. Nicht zuletzt durch die Visionen von Alois Mock entwickelte sich Karasek hin zu einem aktiven Netzwerker internationaler Kontakte. Dass er damit auch Kontakte zu EG- bzw. NATO-Staaten herstellte und pflegte, stellte für Karasek längstens ab den frühen 1970er Jahre keinen Widerspruch mehr zum „überholten“ Isolationismus dar. Die Umstände hatten sich generell gewandelt und transnationale Parteienkontakte waren dafür wesentliche Instrumentarien dieser neu verstandenen Außenpolitik. Da kam auch noch dazu, dass die ÖVP erstmals seit Raab in der Opposition war. Raab ging bei seinem Modell österrei-

chischer Außenpolitik immer davon aus, dass die Volkspartei zumindest über den Kanzler, wenn schon nicht über den Außenminister, Einfluss auf die auswärtige Politik nehmen kann. Karasek hat seine Möglichkeiten und die des Landes bestimmt genau abgewogen. Immerhin war es zu diesem Zeitpunkt schon zu erkennen, dass eine westeuropäische Integration nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch im Bereich der Politik stattfindet. Die Kontakte untereinander zu den christdemokratischen bzw. konservativen Parteien waren hierfür logische Konsequenzen. Im Zusammenhang mit Karasek ist klarerweise der Blick auf den Europarat ein logischer. Selbstverständlich war die historische Entwicklung des Europarates aus seiner Zeit heraus zu erklären. Die Aufgaben des Europarates in den 1960er Jahren waren andere als seine Aufgaben in den 1980er Jahren. Trotzdem: Der Europarat wird in seiner tatsächlichen Bedeutung viel zu wenig beachtet. Ich sage das nicht bloß aus dem Bewusstsein heraus, dass Österreicher im Europarat stets eine besondere Rolle spielten, sondern deshalb, weil im Europarat eine Art Regulativ stattfinden kann. Ich sage bewusst „kann“. Speziell in einer Zeit einer Machtbündelung der EU, wäre der Europarat eine sinnvolle Bühne von (Vor-)Diskussionen und ergänzender Kontrolle. Dazu müsste man freilich gewisse Rahmenbedingungen ändern. Betreffend den Europarat ist es mir wichtig, auch die Kontakte über die Parteigrenzen zu unterstreichen. Das zeigt auch den österreichischen Zugang zur Politik: Ohne Konsens keine tragfähige Lösung. Folglich waren auch die Kontakte zu den Sozialdemokraten im Europarat für uns keine unüberwindliche Barriere. Dennoch muss man deutlich sagen: Die transnationalen Parteikontakte würden durch eine Aufwertung des Europarates – im Grunde wäre bereits die Verhinderung jeder weiteren Abwertung des Europarates eine Aufwertung – nur zusätzlich an Qualität gewinnen. Jede machtpolitische Verengung und eindimensionale Konzentration führt irgendwann einmal zu Stillstand und Korruption – aber das nur als Randbemerkung. Ob es demokratiepolitisch sinnvoll ist oder nicht, wenn sich Christdemokraten im EU-Parlament in inhaltlichen Fragen mit Christdemokraten im Europarat widersprechen, will ich hier nicht beantworten. Eine politische Vielfalt wäre es auf jeden Fall.

Es trifft wohl zu, dass eine Partei in Opposition ein größeres Interesse an einer „Parteiaußenpolitik“ hat, als eine Partei, die Regierungsverantwortung trägt? Wie haben sie diese Veränderung im Rahmen der österreichischen Außenpolitik und der verstärkten Parteienzusammenarbeit vor diesem veränderten Hintergrund erlebt?

Ich möchte zu dieser Veränderung sagen: Ja und nein. Der Staatsvertrag und die Neutralität sind unbestritten Fundamente der österreichischen Politik geblieben. Aber wie bei allen historischen Entwicklungen hat sich der Stellenwert verändert. Wir waren einfach selbstbewusster geworden. Bei Raab und bei Figl waren alle sowjetischen Reaktionen in Wien viel tiefer empfunden worden.

Längstens ab den späten 1960er Jahren war das anders. Als junger Politiker ist mir in diesem Zusammenhang auch das Jahr 1968 in Erinnerung, als Verteidigungsminister Georg Prader⁴⁴³ während der „Tschechenkrise“ im August ganz vehement einen Schießbefehl für das österreichische Bundesheer einforderte. Es ist dann – Gott sei Dank – anders gekommen, doch das zeigt schon das Umdenken, von einer Politik, die versucht, jegliche Provokation der Sowjets zu vermeiden, hin zu einer Politik eines geraden Ganges. Wenn man so will, haben wir uns auch in der Parteiaußenpolitik stärker emanzipiert.

Eine ganz wichtige Frage für unser Projekt ist darin zu sehen, welche gesellschaftlichen Gruppen zu welchem Zeitpunkt und aus welchem Grund die Positionen einer stärkeren Integration vertraten. Wann war die Wirtschaft integrationsfördernd oder eher hemmend, ebenso die Gewerkschaften und wann die Bauern? Waren Arbeiter und Angestellte überhaupt von einer Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses im Untersuchungszeitraum interessiert? Sie selbst waren jahrelang in der Privatwirtschaft beruflich tätig und kennen somit Theorie und auch Praxis. Hat sich ihrer Meinung nach die europäische Christdemokratie zu sehr zum Fürsprecher der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Interessen gemacht? Die europäische Sozialdemokratie scheint die sozialpolitischen Forderungen diktiert zu haben, während die Forderungen der Wirtschaft von den Christdemokraten in der Politik umgesetzt wurden.

Alle genannten Gruppen befanden sich wohl in einem Spannungsfeld eigener Interessen und übergeordneter staatlicher Interessen, definiert wohl durch die jeweiligen nahestehenden Parteien. Eines ist aber klar, und das habe ich während meiner ganzen Zeit in der Politik so empfunden: Die Bauern und die österreichischen Gewerkschaften waren

443 | Georg Prader (1917–1985), österreichischer Politiker der ÖVP, 1964–1970 Verteidigungsminister seines Landes.

die vehementesten Gegner des Kommunismus. Für den europäischen Integrationsprozess war das kein unwesentliches Kriterium. Mag sein, dass jeder daraus seine eigenen Schlussfolgerungen gezogen hat. Konkret muss man sagen: Selbstverständlich haben gewisse Einzelforderungen von gesellschaftlichen Gruppen bzw. Berufsgruppierungen wie z. B. der Bauern das Gesicht Europas und der Parteienzusammenarbeit ganz entscheidend mitgeprägt. Es ging immer um das Geld und es ging um Märkte. Die Landwirtschaft war immer ein hochsubventionierter Bereich. Das heißt ja nicht, dass die Bauern alles Geld erhalten haben. Die Kette vom landwirtschaftlichen Produzenten bis hin zum Endkonsumenten ist ja bekanntlich eine sehr lange. Es ist eine Tatsache: Die Bauern waren Anfang der 1970er Jahre eine treibende Kraft bei dem österreichischen Vertrag mit der EG, der als ein Vertrag *sui generis* zu bezeichnen war. Inwieweit bei solchen Verhandlungen ideologische Gemeinsamkeiten eine entscheidende Rolle spielen, sei dahingestellt. Zur Frage der dominierenden Wirtschaftsausrichtung: Ja, ich denke, das kann man so sagen. Ich möchte nicht behaupten, dass andere Politikfelder, wie Sozialpolitik komplett vernachlässigt wurden. Dennoch war die Frage der wirtschaftlichen Prosperität eine Vorrangige. Wenn man so sagen will, haben die Märkte schon immer die ideologische Identität maßgeblich beeinflusst.

In den 1970er Jahren waren vor allem die beiden Jahre 1976 (Gründung der EVP) und 1978 (Gründung der EDU) „Schicksalsjahre“ der europäischen Christdemokratie. Die feierlichen Gründungsfotos lassen scheinbar vergessen, dass hinter diesen Gründungen leidenschaftliche Machtkämpfe tobten und die europäische Solidarität der westlichen „Schwesterparteien“ oftmals Lippenbekenntnisse blieben. Der Gründung der EDU gingen jahrelange Streitigkeiten um die Stellung der ÖVP innerhalb der EVP voran. Wie würden Sie die Entwicklung innerhalb der ÖVP, jetzt über Alois Mock und Andreas Khol hinausgehend, bezeichnen?

Ein Name, der mir bei der Auseinandersetzung mit dem Thema „Internationale Parteienkooperation“ fehlt und den ich für sehr wichtig halte, ist Josef Höchtl.⁴⁴⁴ Höchtl möchte ich auch als einen sehr engen Mitstreiter von Alois Mock bezeichnen. Auch in ihren außenpolitischen

444 | Josef Höchtl (geb. 1947), österreichischer Politiker der ÖVP, 1975–1999 Mitglied des Nationalrats, 1971–1981 stellvertretender Bundesparteiobmann.

Konzepten waren sie sich sehr ähnlich. Das Beispiel Höchtl zeigt auch die Bedeutung der Jungpolitiker bzw. der Repräsentanten der Jugendbewegungen für die Entwicklungen von internationalen Kooperationen. Josef Höchtl war mein direkter Nachfolger als Obmann der Jungen ÖVP ab 1972. Die Jungen denken noch nicht so sehr an Märkte und daran, was mir diese und jene Kontakte wirtschaftlich bringen. Die Jungen denken vielleicht wirklich noch ideologischer bzw. an gemeinsame Werte. Mag sein. Höchtl war jedenfalls die Parteaußenpolitik derart wichtig, dass er noch im Erwachsenenalter Spanisch lernte, um sich mit unseren spanischen Parteifreunden nach dem Umsturz Mitte der 1970er Jahre enger abstimmen zu können. Höchtl hat mit seinem Blick über Europa hinaus – dank seiner Spanisch-Kenntnisse waren ihm die Kontakte nach Lateinamerika leicht gefallen – freilich die Parteikooperationen nachhaltig zu erweitern versucht. Ich denke, das ist ihm auch gelungen. Ich behaupte sogar, das später gefolgte Modell der IDU wurde von Josef Höchtl, immer gefördert durch Alois Mock, bereits Mitte der 1970er Jahre entscheidend initiiert und mitgestaltet. Und damit auch zu Ihrer Frage: Das Beispiel zeigt jetzt schon die Brückenfunktion, die Österreich und im Konkreten hier die österreichische Christdemokratie im Zuge der Parteienkooperationen einnahm. Man muss sich ja immer die Größenverhältnisse in Erinnerung rufen. Mit der politischen oder auch wirtschaftlichen Potenz anderer Staaten wie Deutschland, Frankreich etc. konnten wir ja nie konkurrieren. Was wir mit unseren Ressourcen geleistet haben, soll hier auch einmal betont werden.

Die bundesdeutsche Unterstützung in maßgeblichen Fragen der europäischen Zusammenarbeit – nicht erst seit Helmut Kohl, aber freilich in einem sehr engen und freundschaftlichen Charakter, seitdem Kohl CDU-Vorsitzender war – ist bekannt. Diese Unterstützung wurde von manchen auch als Abhängigkeit definiert. Unbestritten blieb aber, dass sich dadurch die Möglichkeiten der ÖVP erweiterten. Wie haben sie dieses ständige Suchen nach internationaler Zusammenarbeit empfunden? Ein kleines Land hatte in Europa ohne tragfähige Allianzen damals wie heute wohl keine Chance erfolgreich zu sein.

Wir haben einander – und damit meine ich nicht nur die Deutschen, sondern auch andere – über weite Strecken ergänzt. Und ich sage das ohne kokett erscheinen zu wollen. Wir waren oftmals geschickter im Umgang mit Menschen – auch anderer Kulturkreise – und, ich möchte sagen, phantasievoller im Initiieren von politischen Konzepten. Vor Verallgemeinerungen soll man sich bekanntlich hüten. Die Deutschen

hatten auch fähige (Partei-)Diplomaten, doch generell halte ich aus Kenntnis der Geschichte heraus uns Österreicher für geschickter im Umgang mit fremden Kulturen und mit Menschen allgemein. Wenn wir von verschiedenen Kulturen sprechen, dann meine ich durchaus auch Menschen innerhalb eines Landes, wie Nord- und Südtaliener etc. Wir konnten besser verbinden. Dafür hatten andere Länder andere Vorzüge in ihrer Mentalität. Ich möchte das anhand eines Beispiels verdeutlichen: Es ging um die Zollunion mit der Türkei 1995 (in Kraft 1996). Damals war Tansu Çiller⁴⁴⁵ Ministerpräsidentin der Türkei und im EP war keine klare Meinung in der Türkei-Frage erkennbar. Die Briten waren für einen Vertragsabschluss, andere mächtige Länder waren dagegen. Die Stimmung im Parlament war außerordentlich gereizt. Wohl gemerkt, es ging um eine wirtschaftliche Annäherung, nicht um einen politischen Beitritt. Hier haben wir stets sehr genau unterschieden. Also, mir war das derart wichtig, dass ich mit einer ÖVP-Delegation eigens in die Türkei gefahren bin, um mir vor Ort ein Bild zu machen und einen eigenen Situationsbericht dem EP vorzulegen. Der offizielle Bericht eines Linksozialisten, der die Türkei als Diktatur bezeichnete, wurde schlussendlich abgelehnt, unser Bericht, der eine weitere wirtschaftliche Annäherung empfahl, wurde schließlich angenommen. Im Vorfeld konnte ich mit Deutschen, Franzosen und anderen schon Überzeugungsarbeit leisten und Argumente präsentieren, die niemanden vor den Kopf gestoßen haben – weder die Türken noch die Kritiker. Ein anderes Beispiel war der Umgang mit den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens und damit kommen wir wieder zu der dominierenden Rolle von Alois Mock innerhalb dieses Themas. Es ging um die Behandlung der Volksentscheide von Slowenien und Kroatien im Europarat. Zum damaligen Zeitpunkt war Österreich ja noch nicht in der EU. Diese Volksentscheide gingen in einer überwältigenden Art in Richtung Selbständigkeit. Im Europarat gab es zwei Gruppen von Kritikern an dieser Selbständigkeit. Das waren die Kommunisten und Linksozialisten auf der einen Seite und auf der anderen Seite standen die Zauderer und Bequemen aus Sozialdemokratie, aber auch aus dem Lager der europäischen Christdemokratie. Zu Beginn führte Österreich unter Alois Mock hier einen einsamen Kampf, um unsere Parteifreunde von der Notwendigkeit einer kroatischen und slowenischen Unabhängigkeit zu überzeugen. Wir haben mit einem österreichischen Antrag im Plenum

445 | *Tansu Çiller (geb. 1946), türkische Politikerin der Partei des Rechten Weges, 1993–1996 erste und bislang einzige weibliche Ministerpräsidentin ihres Landes, 1996/97 Außenministerin.*

des Europarates – und das nach hartem politischem Kampf auch innerhalb der europäischen Schwesterparteien – schließlich eine Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit durchgebracht, die die Anerkennung dieser Plebiszite forderte. Wenn man so will, haben wir hier das Eis gebrochen.

Sie waren auch später an der europapolitischen Osterweiterung beteiligt, wie man Ihrem politischen Lebenslauf entnehmen kann.

Ja, ich war Berichterstatter des Europarates für Moldawien und Rumänien und damals eigentlich mit einer unglaublichen Naivität auch auf unserer ideologischen Seite konfrontiert. Damals, Ende der 1990er Jahre, herrschte eine beispiellose Erweiterungseuphorie. „Alle aufnehmen“, das war die Maxime – so als gäbe es kein Morgen. Die Probleme werden sich schon irgendwie lösen. Hauptsache es gibt den Triumph, den ehemaligen „Ostblock“ in die EU zu integrieren. Mich hat man schließlich auf Initiative einiger christdemokratischer Parteien nach Bulgarien, nach Sofia, geschickt, um wieder einmal ein genaues Bild zu erhalten. Im Grunde herrschte eine unglaubliche Unkenntnis auf beiden Seiten. Die Bulgaren und Rumänen z. B. – auch seitens von Vertretern, die dem christdemokratischen Lager zuzurechnen waren – hielten sich für absolut EU-reif, glaubten, wir haben nur auf sie gewartet und in der EU wurden die Warner als verzopfte, übervorsichtige Bremser gebrandmarkt. Dass auch Märkte wegbrechen können, hat man damals nicht so dramatisch gesehen. Am Balkan selbst war die Menschenrechtsfrage mit unseren Auffassungen vollständig divergent. Man wollte mit früheren Kommunisten ebenso „abrechnen“ wie mit unliebsamen Kombattanten aus den Tagen des Umsturzes, die dann später einen anderen politischen Weg forderten. Demokratie ist aber keine Einbahnstraße, das musste man in Sofia und in Bukarest erst langsam lernen. Mafiaähnliche Strukturen haben den ganzen Balkan überzogen und Kontakte der Mafia waren damals in allen politischen Gruppierungen ausgeprägt. Dass Bulgarien und Rumänien einige Jahre später der EU beigetreten sind, hat an diesem Phänomen nach meinem Dafürhalten wenig geändert. Man kann nur hoffen, dass es sich heute anders darstellt. Überreglementierung auf der einen Seite und fehlende Transparenz auf der anderen, bis hin zur Korruption und reinem Profitstreben, sind vielleicht im ehemaligen Osten stärker ausgeprägt als sonst wo in Europa. Als Erscheinungsform sind diese Missstände aber nicht nur dort zu finden, sondern auch in Brüssel. Vielleicht trübt diese Einschätzung auch meine generelle Einstellung zum europäischen Einigungsprozess, den ich unverändert für eine historische, großartige

Leistung halte. Die Leistungen christdemokratischer Politiker zur Ausgestaltung unseres Kontinents kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Trotzdem: Das Überborden von wirtschaftlichen Interessen ist leider Gottes in der Lage, alles zu zerstören, was in den vergangenen Jahrzehnten so mühsam aufgebaut wurde.

Ich danke vielmals für dieses Gespräch.